

päische Menschenrechtskonvention und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ohne Frauenstimmrecht nicht möglich sei (Marxer 1994: 172-173).

Das häufig vorgebrachte Argument, dass die Frauen gar kein Stimmrecht wünschen, versuchte die Regierung mit der Verfahrensfrage zu entkräften. Es wurde vorgeschlagen, auf Gemeindeebene in einer Umfrage, den Willen der Bevölkerung insbesondere der Frauen zu ermitteln. Man befürchtete, so Marxer, eine aussenpolitische Blossstellung bei einem negativen Wahlausgang. Deshalb wurde eine Umfrage einer Volksabstimmung vorgezogen. Am 4. Juli 1968 wurde diese Konsultativabstimmung durchgeführt und zeigte ein deutliches Resultat. Die Männer lehnten mit 887 Ja zu 1341 Nein das Frauenstimmrecht ab, während sich die Frauen mit 1265 Ja zu 1241 Nein für ein solches aussprachen. Mit 54,4% wurde die unverbindliche Konsultativabstimmung abgelehnt. Die Stimmbeteiligung lag bei den Männern gerade mal bei 56%, bei den Frauen beteiligten sich 61%. Obwohl sich die Regierung für die Einführung des Frauenstimmrechts aussprach, gelangte sie nach dieser Umfrage zur Auffassung, dass es eine politische Opportunität sei, „den Stimmbürger über eine eventuelle Einführung zu befragen“ (Marxer 1994: 175). Eine Einführung durch Parlamentsbeschluss war so nicht mehr möglich .

Ab 1969 setzten sich sowohl die Pfadfinderinnen wie auch ein neu gegründetes „Komitee für das Frauenstimmrecht“ für die Einführung des Frauenstimmrechts ein. Mit Diskussionsabenden, Plakataktionen und direkter Kontaktaufnahme mit beiden Parteien machten sie auf ihre Interessen aufmerksam. Bernadette Biedermann und Elfriede Seger waren die treibenden Kräfte der Organisation. Beide waren Mitte 20 und in höheren Positionen der Landesverwaltung tätig. Bernadette Biedermann war Regierungschefsekretärin und Elfriede Seger Landtagssekretärin. Sie setzten sich mit dem Frauenbild auseinander und grenzten sich bewusst von der kämpferischen Tradition in der internationalen Frauenbewegung ab. Sie operierten vom Terrain traditioneller Weiblichkeit aus und versuchten mit Charme und weiblicher Hilfsbedürftigkeit die Unterstützung der Männer zu gewinnen. Die Gruppe wuchs an und führte im April 1970 eine Meinungsumfrage durch. Ein Aspekt der in dieser Umfrage auffiel, war das Verhältnis der einheimischen zu den eingeheirateten Frauen. Diese Frage erhielt durch die Diskussion um das Frauenstimmrecht erstmals politische Brisanz. Marxer hat in ihrem Beitrag diese Bedenken mit einigen Zitaten dieser Umfrage illustriert: